

Stuttgarts Zukunft entscheiden die Bürgerinnen und Bürger, nicht Parteien

Ich bin nicht für mein Alter, mein Parteibuch oder mein Geschlecht von 38.726 Menschen in Stuttgart gewählt worden, sondern für meine klaren inhaltlichen Vorstellungen. Ich bin mir sicher: Hätten nur Argumente und Ziele den Ausschlag gegeben, die absolute Mehrheit der Menschen in der Stadt hätte mich dafür gewählt, mein Programm zu realisieren. Das habe ich als Auftrag betrachtet, mit Frau Kumpf und Herrn Schuster darüber zu reden, was sie für meine Wählerinnen und Wähler tun wollen. Damit dies für alle transparent ist, habe ich meinen Zielkatalog vor Beginn der Gespräche öffentlich gemacht.

Für mich war immer klar: Was ich vor der Wahl sage, gilt auch nachher: Ich mache mich nicht durch eine aussichtslose Kandidatur im zweiten Wahlgang wie vor acht Jahren der SPD-Kandidat zum Kasper. Ich empfehle aber auch keine Person, die bedingungslos an Stuttgart 21 festhält.

21,5% nach dem ersten Wahlgang sind aussichtslos, deswegen trete ich im zweiten Wahlgang nicht mehr an. Mit dieser unmissverständlichen Aussage habe ich sowohl das Gespräch mit Kumpf als auch das mit Schuster eröffnet. Ich hatte kein Druckmittel in der Hand, ich wollte nur Positionen sondieren.

Die Gespräche mit der Herausforderin und dem Amtsinhaber haben dennoch ein eindeutiges Ergebnis gebracht: Ute Kumpf blieb bei ihrer wankelmütigen sowohl-als-auch-Haltung zu Stuttgart 21. Sie hielt an der falschen Rechtsauffassung fest, ein Bürgerentscheid über Stuttgart 21 sei auch hinsichtlich der Beteiligung der Stadt nicht zulässig und fügte hinzu, sie halte ihn auch nicht für wünschenswert.

Damit waren einzelne anderweitigen Übereinstimmungen nicht mehr von Bedeutung. Trotz meiner festen Bindung an die rot-grüne Koalition in Berlin, für deren Wiederwahl ich 2006 kämpfen werde, konnte ich um der Sache Willen für Ute Kumpf in Stuttgart nichts mehr tun. An der Sache ist Ute Kumpf nach allem, was ich nun weiß, nur mäßig interessiert. Über Inhalte mit ihr zu verhandeln ist nicht möglich.

Für mich zählt in diesem Fall allein Stuttgart und nicht Berlin, auch wenn das Parteifreunde in der Hauptstadt deutlich kritisiert haben. In Stuttgart habe ich – wie auch die Grüne Gemeinderatsfraktion in den vergangenen Jahren – eine breite Übereinstimmung in finanz-, sozial-, und bildungspolitischen Auffassungen mit dem

Amtsinhaber festgestellt. Wir sind beide für Nachhaltigkeit, gegen Staatsinterventionismus und für mehr Selbstverantwortung der Bürger. Dies schließt ausdrücklich die Unterstützung von freien Trägern und freien Schulen ein. Frau Kumpf hat sich hingegen vom Staatsinterventionismus nicht verabschiedet, wie man an Ihrem Wohnungsbauprogramm leicht erkennen kann.

Anders als mit Ute Kumpf war mit dem Amtsinhaber der inhaltliche Diskurs am gestrigen Tag möglich. Mit meinen politischen Zielvorstellungen konfrontiert, stellte er abseits von Wahlkampfauseinandersetzungen Übereinstimmung in folgenden Punkten fest:

1. Die ICE-Neubaustrecke Stuttgart-Ulm ist für die Einbindung Stuttgarts in das Hochgeschwindigkeitsnetz der Bahn absolut unverzichtbar. Schuster hält leider auch weiterhin am Durchgangsbahnhof Stuttgart 21 fest, den ich für illusionär halte. Immerhin hat er aber nach juristischer Prüfung durch die Stadt bestätigt, dass ein Bürgerentscheid über Mehrkosten im Sinne einer wichtigen Gemeindeangelegenheit (Gemeindeordnung) bei eventuell eintretenden erheblichen Kostensteigerungen für die Stadt, rechtlich möglich wäre. Ich vertraue darauf, dass die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, sich ihr Recht auf Mitbestimmung unter diesen Voraussetzungen erkämpfen werden.
2. Eine der größten Herausforderungen für die Zukunft ist die Integration der Kinder mit Migrationshintergrund. Hier gibt es einen gigantischen Nachholbedarf, noch stärker als bei der Kinderbetreuung generell. Es ist deshalb im Sinne nachhaltiger Haushaltspolitik zur Vermeidung von Folgekosten in der Zukunft und aus sozial-ethischen Gründen notwendig, flächendeckend Sprachförderung vor der Einschulung anzubieten. Dafür wird sich die Stadt beim Land einsetzen und selbst finanziell engagieren.
3. Stuttgart muss innovative Entwicklungen im Städtebau aufgreifen. Dabei gilt der Grundsatz Innenentwicklung vor Außenentwicklung. Statt Neubaugebieten auf Obstbaumwiesen werden innerstädtische Brachflächen bebaut. Dabei sollen die Rahmenbedingungen künftig stärker auf bürgerschaftliche Modelle der Stadtplanung eingestellt werden. Städtebauliche Entwicklungsbereiche wie im Französischen Viertel in Tübingen sind in Stuttgart wünschenswert. Dafür eignen sich insbesondere der Güterbahnhof Bad Cannstatt und das alte Messegelände auf dem Killesberg. Das Ziel ist das nutzungsgemischte

Stadtquartier der kurzen Wege, das Bauwilligen wieder eine Chance gibt, in der Stadt zu bleiben statt aufs Land zu fliehen.

4. Stuttgart muss bei der Reduktion des Flächenverbrauchs eine Vorbildrolle in der Region einnehmen. Neubaugebiete auf Streuobstwiesen wie am Rohrer Weg in Möhringen sind deshalb nicht mehr zeitgemäß. Richtig und wichtig ist hingegen die Entwicklung am Möhringer Bahnhof. Der Erhalt der Streuobstwiesen sichert auch die Frischluftversorgung im Kessel.
5. Stuttgart muss die schwärende Wunde der B 14 schließen. Die Anbindung der Kulturmeile an die Innenstadt wäre städtebaulich und aus Imagegründen ein riesiger Gewinn. Im Bereich der Hauptstätter Straße ist eine Wiederherstellung der alten Straßenzüge durch eine Überbauung wünschenswert. Das Hospitalviertel eignet sich ideal, um neuen Wohnraum in der City zu schaffen, wenn der öffentliche Raum umgestaltet wird. Gemeinsam mit der bereits geplanten Umgestaltung der Theodor-Heuss-Straße zu einem Boulevard entstünde so ein pulsierendes Zentrum vom Bosch-Areal bis zur Staatsgalerie, das die Lebensqualität in Stuttgart an die Spitze aller deutschen Großstädte bringen würde. Es gibt die erklärte Bereitschaft, in den nächsten Jahren mit einer vollständigen Überdeckung der B 14 im Bereich der Kulturmeile zu beginnen. Die finanziellen Mittel müssen dafür zur Verfügung gestellt werden.
6. Mülltransporte über lange Strecken auf der Straße sind der Stuttgarter Bevölkerung nicht zuzumuten. Die Anlieferung des Mülls aus den Kreisen Reutlingen, Tübingen, Zollernalb und vom Bodensee muss auf der Schiene erfolgen, wenn das ausstehende Gutachten der Universität Stuttgart die technische Machbarkeit bestätigt. Dabei sind Mehrkosten für die anliefernden Landkreise in geringem Umfang zumutbar, weil deren Entsorgungskosten in Münster trotz Bahntransport günstiger sein werden als die Gebühren für die Stuttgarter Bevölkerung. Deshalb ist eine politische Initiative in den Kreistagen der Anlieferkreise für den Bahntransport Chefsache.

Diese Ergebnisse stehen in Kontinuität zum Wahlkampf von Ute Kumpf und Wolfgang Schuster. Beide sind mit ihren Aussagen in den Vier-Augen-Gesprächen absolut glaubwürdig.

Ute Kumpf hat meine B 14-Pläne öffentlich abgelehnt, meine Verkehrskonzepte als Spielereien von kleinen Jungen bezeichnet, zum Mülltransport auf der Schiene keine

Aussagen gemacht, ein Wohnungsbauprogramm mit staatsfixierten Lösungen vorgestellt und für den Killesberg das unrealistische SPD-Konzept eines Wissenschaftsparks präferiert, einzig beim Rohrer Weg und bei der Sprachförderung bestand Übereinstimmung. Meine Vorstellung, mit ihr über die Willensbekundung, die in meinem Wahlergebnis zum Ausdruck kommt, zu verhandeln, bezeichnete sie gestern als „naiv“ und kam mir folgerichtig an keinem Punkt entgegen.

Wolfgang Schuster befürwortete hingegen wie ich von Anfang an den B 14-Tunnel, hat mir schriftlich Unterstützung für den Mülltransport auf der Schiene zugesagt und keines meiner innovativen Konzepte abgelehnt.

Für mich ist klar, dass Wählerstimmen sich nicht von Parteien oder Kandidaten verschieben lassen. Die Menschen in Stuttgart entscheiden selbst, welchen Weg in die Zukunft sie einschlagen wollen. Wenn ich allerdings zwischen den nun offen liegenden programmatischen Aussagen wählen müsste, dann würde ich sagen: Lieber ein OB Wolfgang Schuster für mein Kernprogramm als eine OB Ute Kumpf gegen mein Programm. Ich rufe nicht zur Wahl von Herrn Schuster auf, aber meine Präferenz ist nach Abwägung der programmatischen Übereinstimmungen klar.

Den voraussehbaren Vorwürfen der SPD sehe ich gelassen entgegen. Ich habe Ute Kumpf und Wolfgang Schuster dieselbe Chance gegeben, inhaltlich Position zu beziehen. Es ist nicht meine Schuld, dass nur der OB sie genutzt hat. Anders als die SPD in Stuttgart vor acht Jahren und in Konstanz vor drei Monaten werde ich im zweiten Wahlgang keine Verhinderungskandidatur betreiben. Ute Kumpf selbst hat gesagt, sie erwarte von mir lediglich, dass ich zurückziehe, ob mit oder ohne Wahlempfehlung sei dabei unerheblich. Damit habe ich ihren Erwartungen vollauf entsprochen.

Leider muss ich auch befürchten, dass manche sich nicht vorstellen können, dass ich meine Entscheidung nur von Inhalten abhängig gemacht habe. Deshalb werden bössartige Unterstellungen, die CDU müsse neben Inhalten auch Posten angeboten haben, von selbst auftauchen. Ich halte deshalb fest: Zu keinem Zeitpunkt haben mir Wolfgang Schuster oder die CDU für den nun vollzogenen Rückzug von meiner Kandidatur und dessen Form irgendwelche Postenangebote für mich selbst oder die Grünen gemacht. Ich hätte sie auch niemals angenommen. Ich bin ein ökologisch motivierter Idealist. Ich verhandle offen über politische Ziele, aber nicht geheim über Posten.

Der Abschied vom Wahlkampf in Stuttgart fällt mir schwer. Zu gerne hätte ich selbst meine politischen Inhalte mit der Bevölkerung weiter diskutiert. Ich danke den vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern und meinem Team für die großartige Unterstützung und meinen Wählerinnen und Wählern für ihr Zutrauen. Ich wünsche allen Stuttgarterinnen und Stuttgartern bei der nun anstehenden Entscheidung eine glückliche Hand für die Zukunft der Stadt. Wo ich gebraucht werde, bin ich auch in Zukunft mit Herz und Hirn für Stuttgart da.